

Energiepolitik

AKW sind kein Allheilmittel



Michael Heim

Ressortleiter Unternehmen & Politik

Es wird wieder über neue Atomkraftwerke diskutiert. Dass man darüber redet, ist richtig. Doch die Fakten sprechen gegen neue AKW. Nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung. Keine 24 Stunden, nachdem das Stimmvolk die Energievorlage angenommen hatte, kam schon die Forderung: Jetzt müssen wir über neue AKW reden. Vorne dabei unter anderem der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Man kann nun darüber rasonieren, ob das der richtige Moment war oder eher ein Misstrauensvotum gegenüber der gerade bestätigten Politik des Bundesrats. Aber das ist weniger wichtig als die inhaltliche Debatte. Es geht um nichts weniger als die Glaubensfrage: Sag, wie hältst du mit dem Atomstrom?

Ich bin kein «Atomi», ich bin aufgewachsen mit einer gesunden Skepsis gegenüber dieser Technologie. Aber ich habe im Rahmen meiner Arbeit auch hinter die Kulissen mehrerer AKW geblickt, habe mir das Zwischenlager in Würenlingen angeschaut, mit Ingenieuren gesprochen und mich durch Geschäftsberichte gekämpft. Atomkraftwerke sind faszinierende Fabriken. Ich verstehe den Zauber, der ihnen innewohnt. Aber ich kenne auch die Nachteile, die sie mit sich bringen.

Bekannt sind die Risiken: In Tschernobyl und Fukushima kam es zum GAU mit verheerenden Folgen für Menschen und Umwelt, im ukrainischen Saporischschja muss man sich mit Blick auf den Krieg zumindest grosse Sorgen machen. Hinzu kommen die Probleme um die Entsorgung: Jahrtausendlang vor sich hin strahlender Abfall kann keinen kalt lassen. Doch auch finanziell sind AKW keine No-Brainer. Wer die letzten Entwicklungen der Neubauprojekte Flamanville (F) und Hinkley Point (GB) kennt, weiss: Der Strom aus diesen Kraftwerken ist teuer und ohne massive Subventionen nicht marktfähig. Unsere Schweizer AKW mögen günstigen Strom produzieren. Aber nur, weil die Milliarden für Bau und Entsorgung inzwischen abbezahlt sind. Will man Kraftwerke, die Schwankungen aus der volatilen Solar- und Windstrom-Produktion ausgleichen können, sind AKW denkbar ungeeignet.

Der grösste Vorteil von AKW ist, dass sie saisonunabhängig produzieren und somit auch im Winter viel Energie liefern. Doch der Vorteil – die immer gleiche Menge an Bandstrom – ist auch ihr grösster Nachteil. AKW sind nicht flexibel. Will man Kraftwerke, die Schwankungen aus der volatilen Solar- und Windstrom-Produktion ausgleichen können, sind sie denkbar ungeeignet. Eine vernünftige Energiepolitik setzt auf Argumente: Wie viel kostet der Strom? Fliessen er im richtigen Moment? Ist die Technologie nachhaltig? Und vor allem: Gibt es Investoren, die das Risiko eingehen wollen? Einige Gründe mögen für AKW sprechen, andere tun es nicht. Es ist durchaus legitim, am Ende auch auf sein Bauchgefühl – oder auf seine Parteifreunde – zu hören. Aber nur aus ideologischen Gründen für oder gegen AKW zu sein, ist keine Lösung.

telstand ist in diesem Kontext extrem dehnbar. Zwischen oberem und unterem Mittelstand herrscht eine grosse Kluft. Daher davon auszugehen, dass die Prämienverbilligungen das schon richten werden, ist blauäugig, denn obwohl es diese doch schon einige Jahre gibt, hat sich in puncto Kosten nichts getan. **Handelszeitung online** 4.6.2024 «Finma-Chef will Kooperation und Transparenz von Banken» Ein interessantes Interview. Besonders interessant ist, dass

Handelszeitung online 4.6.2024 «Finma-Chef will Kooperation und Transparenz von Banken» Ein interessantes Interview. Besonders interessant ist, dass

weder NZZ noch Finma-Direktor das Thema «Trennbankensystem» ansprechen. Und schön ist, dass «Frau Amstad und der Verwaltungsrat mir den vollen Spielraum geben, den ich benötige».

Hans Geiger

Handelszeitung online 4.6.2024 «Welche Ferienziele im Trend sind – und wo es billiger wird» In Italien werden dieses Jahr 216 Millionen Besucher erwartet. Ob jetzt ein paar Schweizer weniger oder mehr kommen, ist denen wohl ganz egal. Alana Ford

Bessere Politik

Für die «Ervolksprämie»



Reiner Eichenberger

Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg

Ein neuer Vorschlag könnte in der Schweiz Anreize für effektive Lösungen schaffen – und politische Akteure zu mehr Gemeinwohl motivieren. Die Schweiz hat viele politische Dauerprobleme: Altersvorsorge, Gesundheit, Energie, Europa, Zuwanderung und so weiter. Weshalb sind sie nicht längst gelöst? Echte Problemlösungen sind typische öffentliche Güter. Wer sie entwickelt, hat hohe Kosten, aber die Nutzen verteilen sich auf die gesamte Gesellschaft. Deshalb geht es in der Politik vielen nicht darum, einen möglichst grossen gesellschaftlichen Kuchen zu backen, sondern sich ein möglichst grosses Stück davon abzuschneiden. Entsprechend klein bleibt der Kuchen. Wenn Parteien, Parlament und Bundesrat bei der Problemlösung versagen, braucht es: Volksinitiativen! Doch auch diese werden heute oft von Gruppen getragen, die nicht aufs Allgemeinwohl, sondern auf ein grosses Kuchenstück und Selbstdarstellung zielen. Was also tun?

Für Volksinitiativen, die das doppelte Mehr erreichen, sollen die Initiativkomitees eine Art «Grosser Preis der Schweiz» oder «Ervolksprämie» von wenigstens 2 Millionen Franken erhalten. Das gäbe politischen Akteuren Anreize, Initiativen zu erarbeiten, die ernsthaft auf Problemlösungen und das Allgemeinwohl zielen. Das wiederum gäbe Parteien, Parlament und Bundesrat Anreize, Probleme selbst wirkungsvoll anzugehen, da sie sonst regelmässig durch Volksinitiativen vorgeführt würden.

Doch welche Politiker würden sich ernsthaft für diese Regel einsetzen, die ihre Macht schwächt? Deshalb sollte die «Ervolksprämie» durch privates und zivilgesellschaftliches Engagement umgesetzt werden, etwa durch Mäzene oder Stiftungen. Vergleichlich mit deren bisherigen Engagements geht es

«Es würden mehr sinnvolle Initiativen lanciert.»

um kleinere Einsätze bei viel grösserem Effekt. Entscheidend für den Erfolg der «Ervolksprämie» ist absolute politische Neutralität. Jede erfolgreiche Initiative muss belohnt werden, unabhängig von ihrer politischen Färbung. Dafür sollte die Vergabe durch ein politisch ausgewogenes Gremium erfolgen. Die Geber sollten selbst innovativ sein. So könnten sie die Höhe der Belohnung mit der erreichten Zustimmung variieren oder Belohnungen für Initiativen aussprechen, die erfolgreiche Gegenvorschläge provozierten, oder auch erfolgreiche Referenden belohnen.

Die Einwände gegen die «Ervolksprämie» ziehen nicht. Natürlich nimmt das Volk zuweilen dumme Initiativen an. Das gilt ja schon heute. Entscheidend ist, dass dank der «Ervolksprämie» mehr sinnvolle und weniger dumme Initiativen lanciert würden. Denn sie würde den Initiatoren Anreize geben, ihre Initiativen so auszugestalten, dass sie mehr Wählern nützen und weniger Wählern schaden. Zweitens würde sie bewirken, dass bei «Fehlentscheidungen» schnell Gegeninitiativen ergriffen würden. Wer etwa findet, dass die Minarettinitiative schlecht war, könnte eine Gegeninitiative machen, die zwar Minarett grundsätzlich erlaubt, aber verlangt, dass sie keinerlei Beschallung bringen dürfen. Wetten, dass das 2 Millionen brächte? Drittens korrigiert das Verfahren Probleme selbst. Wenn es etwa aus Sicht einer Mehrheit zu viele Initiativen gäbe, käme eine Volksinitiative, die höhere Unterschriftenzahlen oder klügere Bremsen verlangen würde. Höchste Zeit also, dass sich die Bürger und die Zivilgesellschaft ans Steuer der Demokratie schwingen.

Reiner Eichenberger ist regelmässiger Kolumnist der «Handelszeitung». Die in den Kolumnen vertretenen Ansichten können von jenen der Redaktion abweichen.

Wahl des EU-Parlaments

Folgen für die Schweiz

Holger Alich
Stv. Chefredaktor

Die Wahlen zum Europäischen Parlament vom Sonntag haben das Potenzial, die politische Landschaft auf dem Kontinent nachhaltig zu verändern. Denn als eine Art Trotzreaktion auf das starke Abschneiden der rechtspopulistischen Rassemblement National (RN) in Frankreich hat Staatspräsident Emmanuel Macron das französische Parlament aufgelöst und auf Ende Juni Neuwahlen angesetzt. Damit besteht die reale Möglichkeit, dass die wirtschaftspolitisch wenig bewanderte Truppe um Marine Le Pen die Regierung in Europas zweitgrösster Volkswirtschaft stellt. Das ist nicht im Interesse der Schweiz.

Im EU-Parlament insgesamt ist dabei der Durchmarsch der stramm Rechten ausgeblieben, auch wenn sie zugelegt haben. Der Einfluss der RN und der deutschen AfD in Strassburg wird allein deshalb schon begrenzt bleiben, weil die verschiedenen Gruppierungen untereinander stark zerstritten sind. Italiens Postfaschisten um Giorgia Meloni stehen zum Beispiel fest an der Seite der Ukraine, die AfD dagegen biedert sich Russland an.

Der Paukenschlag kommt aus Paris. Der Schweiz kann es nicht egal sein, wer beim wichtigen Nachbarn im Westen regiert. Als Exportnation hat die Schweiz ein ureigenes Interesse daran, dass in den europäischen Hauptstädten keine Geisterfahrer unterwegs sind. Allein ein kurzer Blick in das Wahlprogramm der RN lässt einen da aber erschauern: 20 Milliarden Euro extra für das Ge-

sundheitssystem, Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie, Rente mit sechzig: Wird das auch nur ansatzweise umgesetzt, steuert Frankreich auf den Staatsbankrott zu, mit Folgen für das europäische Bankwesen, den Euro – und damit den Franken.

Die Europäische Union ist mit ihrem Regulierungswahn und durch den wenig zimperlichen Umgang mit der Schweiz hierzulande nicht beliebt. Studien zeigen dennoch, dass die Schweiz von Europas Ländern mit am stärksten vom Binnenmarkt profitiert. Eine drohende Rückkehr zu einer mehr nationalistischen Politik in der EU ist ganz sicher nicht im Interesse der Schweiz, denn statt eines regelgebundenen Miteinanders droht ein Powerplay der eigenen Landesinteressen. Als kleine, offene Volkswirtschaft ist die Schweiz aber mehr als andere Länder auf gemeinsame Regeln angewiesen, um prosperieren zu können.

Offenbar glaubt Macron, das Risiko einer RN-Regierung unter seiner Präsidentschaft eingehen zu können. Er könnte am Ende die Büchse der Pandora geöffnet haben. Dem Kontinent insgesamt stehen unruhige Zeiten ins Haus.

DIALOG

Handelszeitung online

29.5.2024

«Prämieninitiative: Ein Nein löst die Probleme»

Zu Punkt 5: Der Prozentsatz mag höher sein, doch die Leistungen sind es auch. Beispielsweise ist der Zahnarzt inkludiert sowie Kinder und nicht arbeitende Hausfrauen/Hausmänner. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Ein zweiter Kritikpunkt betrifft das vollkommene Ignorieren von Personen, die demnächst in Rente gehen dürfen. Stichwort sinkende Verzinsung des Alterskapitals. Auch der Begriff Mit-

► Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle: **E-Mail:** redaktion@handelszeitung.ch **Twitter:** twitter.com/handelszeitung **Facebook:** facebook.com/handelszeitung **Online:** Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel

IMPRESSUM

Redaktion «Handelszeitung»

Ringier AG, Ringier Medien Schweiz
Flurstrasse 55, 8048 Zürich,
Telefon: 058 269 22 80

E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch,
www.handelszeitung.ch

Verlag Flurstrasse 55, 8048 Zürich,
Telefon: 058 269 22 20

E-Mail: verlag@handelszeitung.ch

Herausgeberin Ringier AG, Ringier Medien Schweiz,
Brühlstrasse 5, 4800 Zofingen

Geschäftsleitung Ladina Heimgartner

Chefredaktor Markus Diem Meier (mdm)

Stv. Chefredaktoren Holger Alich (ali), Marcel Speiser (spm)

Redaktion Unternehmen/Politik: Michael Heim (Leitung/hec), Seraina Gross (stv. Leitung/rai), Carmen Schirm-Gasser (scc), Bernhard Fischer (fib), Andreas Güntert (ag), Gabriel Knüpfer (gku), Andreas Valda (val) – Management: Tina Fischer (Leitung/fit) – Internationale Wirtschaft: Peter Rohner (Chefökonom/rop), Fabienne Kinzelmann (kin) – Autor, redaktionelle Projekte: Stefan Barmettler (bar) – Volontariat: Lena Madonna (mdl), Samuel Walder (was) – Specials: Florian Fels (Co-Leitung/ff), Jasmine Allg (Co-Leitung/ali)

Korrespondent Bundeshaus Andreas Valda (val)

Leiter Strategieprojekte-Management/Innovation Stefan Mair

Channel-Management Dominic Benz (Leitung/dob), Michael Hotz (mth), Olivia Ruffiner (ru)

Social-Media-Redaktion Lukas Borner

Ständige Mitarbeitende

Kurt Bahnmüller (kb), Gisbert L. Brunner (glb), Fredy Gilgen (fg), Constantin Gillies (cg), Fredy Hämmerli (fh), Sira Huwiler-Flamm (huw), Pirmin Schilliger (ps), Silvan Wegmann (Karikaturist), Kurt Speck (spe), Daniel Tschudy (dts)

Sekretariat Denise Alt

Layout Julie Body (Creative Director/Leitung), Mario Imondi (stv. AD), Sarina Joos, Tessa Ruppert (Infografik), Marco Müller, Michael Müller, Bernadette Schenker

Bildredaktion Fotodesk RMS, Hanna Jaray

Korrektorat Susanne Scherrer (Leitung), Cordula Hawes-Bilger (stv. Leitung), Sonja Brunschweiler, Carsten Stütz, Karin Büchler

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen im Sinne von Art. 322 StGB: Admeira AG, DeinDeal AG, Energy Broadcast AG, Energy Schweiz Holding AG, Energy Bern AG, Energy Zürich AG, Energy Basel AG, Grupa Ringier Axel Springer Polska AG, Gryps AG, JobCloud AG, OneLog AG, Ringier Central and Eastern Europe AG, Ringier Digital Ventures AG, Ringier Print Holding AG, Ringier Sports AG, Ringier Sports Media Group AG, SMD Schweizer Mediendatenbank AG, Ticketcorner Holding AG, Ringier MediaTech GmbH (Österreich), S.C. Ringier Romania S.R.L. (Rumänien), EJOBS GROUP S.R.L. (Rumänien), REALMEDIA NETWORK SA (Rumänien), Ringier Pacific Limited (Hongkong), Homsters Asia Pte. Ltd. (Singapur), Ringier Vietnam Company Limited (Vietnam), Ringier Vietnam Classifieds Company Limited (Vietnam), Ringier One Africa Media (Pty) Ltd (Südafrika)

Vermarktung

Ringier Advertising,
Flurstrasse 55, Postfach, 8021 Zürich,
Ringier Advertising, Flurstrasse 55,
Postfach, 8021 Zürich

Anzeigen/Media Services: Tel. 058 269 20 00;
mediaserviceprint@ringier.ch

Anzeigenpreise und AGB:
www.ringier-advertising.ch

Managing Director: Thomas Passen

Director Sales: Luca Schena

Head of Sales: Annick Cochard, Thierry Hansen

Director Media Services Print & Digital: Sarah Näf

Teamlead Media Service Print: Ruth Gmür

Head of Media Service Digital & AdOperations: Sabrina Miccoli

Abonnement:

1-Jahres-Abo Schweiz: Fr. 290.– (inkl. Porto und MwSt.),

1-Jahres-Abo Europa: Fr. 385.– (inkl. Porto);

Halbjahres-Abo Schweiz: Fr. 160.– (inkl. Porto und MwSt.),

Halbjahres-Abo Europa: Fr. 207.50 (inkl. Porto)

Einzelverkaufspreis: Fr. 5.50;

Erscheinung: wöchentlich (Donnerstag)/

50 Ausgaben.

Kundenservice
Telefon: 058 269 25 05,
kundenservice@handelszeitung.ch

Druck DZZ Druckzentrum Zürich AG
Wemf-Auflage: 31969